

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Sozialausschusses vom 02.05.2018

Betreff: Situationsbericht zum Thema Obdachlosigkeit;
hier: Antrag der CSU-Fraktion vom 05.12.2017 (Ifd. Nr. 617)

Referent: I. V. Verwaltungsrat Manfred Volnhals

Von den 10 Mitgliedern waren 10 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde beschlossen: (siehe Einzelabstimmung)

1. Von Bericht des Referenten wird Kenntnis genommen. (10 : 0)

2. Der Sozialausschuss empfiehlt die Umsetzung folgender Maßnahmen:
 - a) Schaffung einer zusätzlichen Planstelle beim Sozialamt für einen Sozialpädagogen (m/w). Diese soll nachgehende und flankierende Hilfestellung leisten für Bewohner des Nikolausheimes und der in Wohnungen Untergebrachten. Diese Beratung und Betreuung sollte insbesondere den Personenkreis unterstützen, um eine Wohnung auf dem 1. Wohnungsmarkt zu erreichen. (10 : 0)


 - b) Zur Nachtzeit wird ein Sicherheitsdienst eingerichtet, um in regelmäßigen Abständen Kontrollgänge im Nikolausheim durchzuführen. (6 : 4)

 - c) Der eingeführte Reinigungsdienst im Nikolausheim soll tagsüber teilweise die Funktion eines Hausmeisterdienstes übernehmen. (10 : 0)

3. a) Dem Plenum wird empfohlen, zur Umsetzung der Vorschläge zu 2a und 2c die notwendigen Haushaltsmittel im Jahre 2018 überplanmäßig zur Verfügung zu stellen und ab 2019 im Rahmen des Haushaltsplanes zur Verfügung zu stellen. (10 : 0)

3. b) Dem Plenum wird empfohlen, zur Umsetzung der Vorschläge zu 2b die notwendigen Haushaltsmittel im Jahre 2018 überplanmäßig zur Verfügung zu stellen und ab 2019 im Rahmen des Haushaltsplanes zur Verfügung zu stellen.
(6 : 4)
4. Es wird angeregt, dass sich die im Bereich des Obdachlosenwesens tätigen Verbände, Institutionen und Initiativen zur Koordination ihrer Tätigkeit in regelmäßigen Zeitabständen treffen.
(10 : 0)
5. Der Caritasverband wird gebeten, bis zum nächsten Sozialausschuss zu prüfen, ob und in welchem Umfang eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Wärmestube möglich ist und welcher Zuschuss der Stadt dafür ggf. notwendig wäre.
(10 : 0)
6. Die Verwaltung wird beauftragt, Standorte, die für eine Wohnanlage zur Wiedereingliederung Obdachloser in den regulären Wohnungsmarkt in Frage kommen sowie weitere geeignete dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten zu prüfen, und dies im Bausenat vorberatend zu erörtern.
(10 : 0)
7. Auf Antrag von Frau Stadtratsmitglied Sigrid Hagl wird die Verwaltung beauftragt, ein Obdachlosenkonzert für die Stadt Landshut zu entwickeln.
(10 : 0)

Landshut, den 02.05.2018
STADT LANDSHUT


Dr. Thomas Keyßner
2. Bürgermeister